

Jörg Schönbohm

Vermessungswesen vor großen Modernisierungsherausforderungen

Innenminister Jörg Schönbohm eröffnete am 5. September 2008 die 15. Fachtagung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure und der Vermessungs- und Katasterverwaltung in Neuruppin. Er unterstrich in seiner Rede die Bedeutung der Strukturreform des amtlichen Vermessungswesens und griff einige wichtige aktuelle Herausforderungen und Rahmenbedingungen für die Fortentwicklung des amtlichen Vermessungswesens auf. Nachfolgend wird seine Rede wiedergegeben.

Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist mir eine besondere Freude, die 15. gemeinsame Fachtagung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure und der Vermessungsverwaltung hier an diesem besonderen Ort, der rekonstruierten Pfarrkirche in Neuruppin, eröffnen zu können. Ich gratuliere Ihnen zu diesem

kleinen Jubiläum und ich gratuliere damit zu diesem beispielgebenden Zusammenwirken von Verwaltung und freiem Beruf. Wie man an diesem Jubiläum ablesen kann, haben Ihre gemeinsamen Fachtagungen bereits in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung begonnen und die erfolgreiche Entwicklung des amtlichen



© Robert Lehmann

Vermessungswesens bis heute begleitet. Diese erfolgreiche Entwicklung stützt sich auf die Leistungsbereitschaft und Flexibilität aller Beteiligten. Sie benötigt aber auch die permanente kritische Überprüfung der Aufgaben, die Leistungskontrolle und den Leistungsvergleich.

Für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure unter Ihnen sind die Ergebnisse dieser Prüfung unmittelbar am wirtschaftlichen Erfolg festzumachen. Für die Verwaltung sind ein effektives Berichtswesen, die vergleichende Analyse und die Ermittlung und Vorgabe von Kenngrößen durch die Aufsicht – und damit die Arbeit meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unverzichtbar.

Aufgabe meines Hauses ist es, die Entwicklung des amtlichen Vermessungswesens auch weiterhin zu steuern und die Rahmenbedingungen für eine anforderungsgerechte und wirtschaftliche Erledigung der Aufgaben mit hoher Qualität zu schaffen. Lassen Sie mich hierzu nur einige Aspekte aufgreifen, die für die Weiterentwicklung in den nächsten Jahren von großer Bedeutung sein werden:

Nach den Haushaltsplanungen werden in die technologische Erneuerung der Vermessungsverwaltung bis zum Jahr 2011 gut 13 Millionen Euro investiert. Ein Rekordhoch, das hohe Erwartungen bei dem Investor, d.h. dem Land, und bei Ihren Kunden weckt. Obwohl bezüglich der Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung über ein leicht zurück gehendes Geschäft berichtet wird, sind die Prognosen über das wirtschaftliche Potenzial des Geoinformationsmarktes und die zu erwartenden Gewinne günstig. Das Branchenkompetenzfeld „Geoinformationswirtschaft“ wird daher durch das Land Brandenburg wirtschaftspolitisch unterstützt und gefördert.

Der Erfolg dieser Förderung hängt auch vom Erfolg Ihrer Arbeit ab.

Die Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie in nationales Recht wird die Vermessungsverwaltung und die Geoinformationswirtschaft erheblich beeinflussen. Ziel dieser Richtlinie ist es, mit der Schaffung einer leistungsfähigen Geodateninfrastruktur den Zugang zu den Geodaten und deren Nutzung zu ermöglichen und zu vereinfachen. Noch nicht beendet sind dabei die Diskussionen um Informationsfreiheit und Datenschutz, um Kostenfreiheit und kommerziellen Nutzen. Die Europäische Union wirkt daher immer stärker unmittelbar auf Ihre Aufgabenerledigung – auch durch die Dienstleistungsrichtlinie, die derzeit im Land Brandenburg umgesetzt wird. Und Europa bietet neue Möglichkeiten, wie Sie alle durch die Teilhabe am Europäischen Fonds für regionale Entwicklung mit FALKE erfahren konnten. Für die erfolgreiche Nutzung dieses Förderprogrammes möchte ich Ihnen meine Anerkennung aussprechen und ich wünsche dem neuen Förderprogramm für Geodateninfrastruktur-Maßnahmen in seiner Umsetzung ebenso viel Erfolg.

Die rasant fortschreitende technologische Entwicklung beeinflusst die klassischen Tätigkeitsfelder der Vermessungsingenieure. Hiervon ist auch der Bereich betroffen, mit dem Sie sich am stärksten identifizieren und der die wirtschaftliche Basis vieler ÖbVI darstellt: die örtlichen Vermessungsarbeiten und deren Aufbereitung. Diese werden mit der Steigerung der Qualität der Geobasisdaten und mit Einführung neuer Technologien an Umfang verlieren.

Auch der Bereich der Erhebung, Führung und Bereitstellung von Landschaftsdaten befindet sich nicht nur wegen der zunehmenden Flut von Luft- und Satellitenbildern im Internet im Umbruch. Ähnlich wie bei

Wikipedia wurde mit „Open Street Map“ ein Internet-Forum geschaffen, in dem freie Geoinformationen und -daten erfasst, in einer Datenbank gesammelt, bearbeitet und zur Verfügung gestellt werden. Jedermann kann mitmachen: es können Karten erstellt und andere Anwendungen realisiert werden. Die Daten sind dabei frei zugänglich.

Bei Vielen werden diese Entwicklungen auf Unbehagen stoßen; sie sind jedoch nicht aufzuhalten.

Meine Damen und Herren, die Investitionen des Landes müssen auch im amtlichen Vermessungswesen mit einer Verwaltungsmodernisierung und langfristigen Einsparpotentialen einhergehen. Basis für deren Ausgestaltung sind die Erhebungen und Analysen zur Strukturreform des amtlichen Vermessungswesens. Die Ergebnisse und zukunftsorientierten Konzepte sind Ihnen bekannt. Sie sind eingeflossen in den Entwurf des Gesetzes zur Strukturreform des amtlichen Vermessungswesens – ein Gesetzentwurf, der Emotionen und widerstreitende Interessen wachruft. Dies ist ein Indiz dafür, dass dieser Gesetzentwurf offenbar die Problemfelder anpackt.

Ich möchte Sie dazu auf die Machbarkeitsstudie zur interkommunalen Zusammenarbeit der Münsterlandkreise im Vermessungs- und Katasterwesen in NRW von 2007 hinweisen. Deren Ergebnisse und Änderungsvorschläge bestätigen die bereits umgesetzten, laufenden und beabsichtigten Maßnahmen zur Zukunftssicherung des amtlichen Vermessungswesens in Brandenburg. Wie im Gesetzentwurf verankert, setzt die Studie auf die verstärkte Aufgabenwahrnehmung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure als beliehene Unternehmer. Sie sollen Liegen-

schaftsvermessungen durchführen, Geobasisdaten liefern und bereitstellen. Wie in Brandenburg konzeptionell erarbeitet und vorgesehen, werden auch in dieser Studie die Vereinheitlichung der Prozesse und Standards im Liegenschaftskataster sowie die Online-Auskunft über ein Geoportal vorgeschlagen. Die Voraussetzungen für eine interkommunale Zusammenarbeit sind im Land Brandenburg seit langem durch die Landesrechte und -zuständigkeit bei den Mess-, Auswerte- und Informationssystemen geschaffen. Auch die Rechte am Geobasisinformationssystem sollen nach dem Gesetzentwurf beim Land bleiben.

Zusammenfassend bin ich davon überzeugt, dass das amtliche Vermessungswesen seine Schlüsselstellung für raumbezogene Infrastrukturplanungen, für Standort- und Investitionsentscheidungen und für die Sicherung des Grundeigentums auch zukünftig behalten wird, wenn es sich auf seine Kernaufgaben besinnt und diese effizient wahrnimmt. Und ich bin gerade auf dieser Veranstaltung zuversichtlich, dass die neuen Herausforderungen und Entwicklungen von Ihnen im gemeinsamen Handeln von freiem Beruf und Vermessungsverwaltung gemeistert werden.

